

Thema der Woche

Berufsverbotsopfer machen mobil

Rund um den 40. Jahrestag haben sich zahlreiche Berufsverbotsopfer zusammengefunden und fordern ihre immer noch ausstehende Rehabilitierung. In einer aktuellen Erklärung heißt es: „Der ‚Radikalenerlass‘ und die ihn stützende Rechtsprechung bleiben ein juristisches,



politisches und menschliches Unrecht. Wir als damalige Betroffene des ‚Radikalenerlasses‘ fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz, in Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitierung. Die Bespitzelung kritischer politischer Opposition muss ein Ende haben. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der ‚Verfassungsschutz‘-Akten, wir verlangen die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.“

Anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz am 14. Juni 2012 (nach Redaktionsschluss und vor Erscheinen der UZ) soll die Erklärung der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten übergeben werden.

Seite 3